

Antrag Nr. 19-F-20-0020

SPD und Grüne

Betreff:

Digitale Überstellung der Magistratsunterlagen und Sitzungsvorlagen
-Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 06.09.2019-

Antragstext:

Wiesbaden hat den Klimanotstand ausgerufen. Daher müssen alle Vorgänge daraufhin geprüft werden, ob es klimafreundlichere Alternativen gibt.

Zurzeit erhalten die Stadtverordneten wöchentlich mindestens die nichtöffentlichen Unterlagen per Bote zugestellt, dafür fährt der Bote einmal die Woche quer durch Wiesbaden. Durch eine digitale Überstellung aber können wir CO₂ und kostbare Ressourcen wie Wasser beispielsweise, einsparen, die bei der Herstellung von Papier benötigt werden.

Die öffentlichen Sitzungsunterlagen sollten ohnehin nur noch digital und nur in Ausnahmefällen in Papierform überstellt werden. Dieses Vorgehen sollte dann auch auf die nichtöffentlichen Unterlagen für Stadtverordnetenversammlung und Magistrat ausgeweitet werden.

Eindeutige Identifizierungsverfahren wie verschlüsselte E-Mails, digitaler Personalausweis oder mit durch Passwort geschützte Bereiche gibt es bereits. Auch eine Lösung mit eigenen Tablets ist denkbar.

Durch die digitale Überstellung könnte aber auch die Nutzbarkeit insgesamt erhöht werden:

Gerade in der letzten Zeit war es auffällig, dass die verwendeten Grafiken in der Druckversion nicht erkennbar und damit für die Stadtverordneten unbrauchbar waren. In der digitalen Form dagegen können bunte Pläne in PDFs eingebunden werden.

Auch lässt sich nach einzelnen Seiten oder ganzen Vorgängen leichter in einem PDF suchen, als in den teilweise losen, weil nicht gehefteten Exemplaren, die durch den Boten zugestellt werden. Eine farbliche Absetzung des Papiers, so wie es derzeit gehandhabt wird, macht den Umgang mit den Unterlagen nur bedingt praktikabel.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- I. zu berichten welche Kosten (Papiereinkauf, Druck und Auslieferung) der Stadt Wiesbaden durch die Überstellung der Unterlagen, sowohl öffentlicher als auch nichtöffentlicher Natur, in Papierform jedes Jahr entstehen und wieviel Papier dafür aufgewendet wird.
- II. die digitale Übersendung der öffentlichen Sitzungsvorlagen zur Pflicht zu machen und die Zustellung in Papierform nur noch als Zusatzoption zu ermöglichen. Dabei sollen die digitalen Unterlagen als durchsuchbare Dokumente zur Verfügung gestellt werden.
- III. zu prüfen mit welchen Verfahren sich eine sichere digitale Überstellung der nichtöffentlichen Unterlagen realisieren ließe.
- IV. die Kosten für diese Verfahren zu ermitteln und darzustellen.